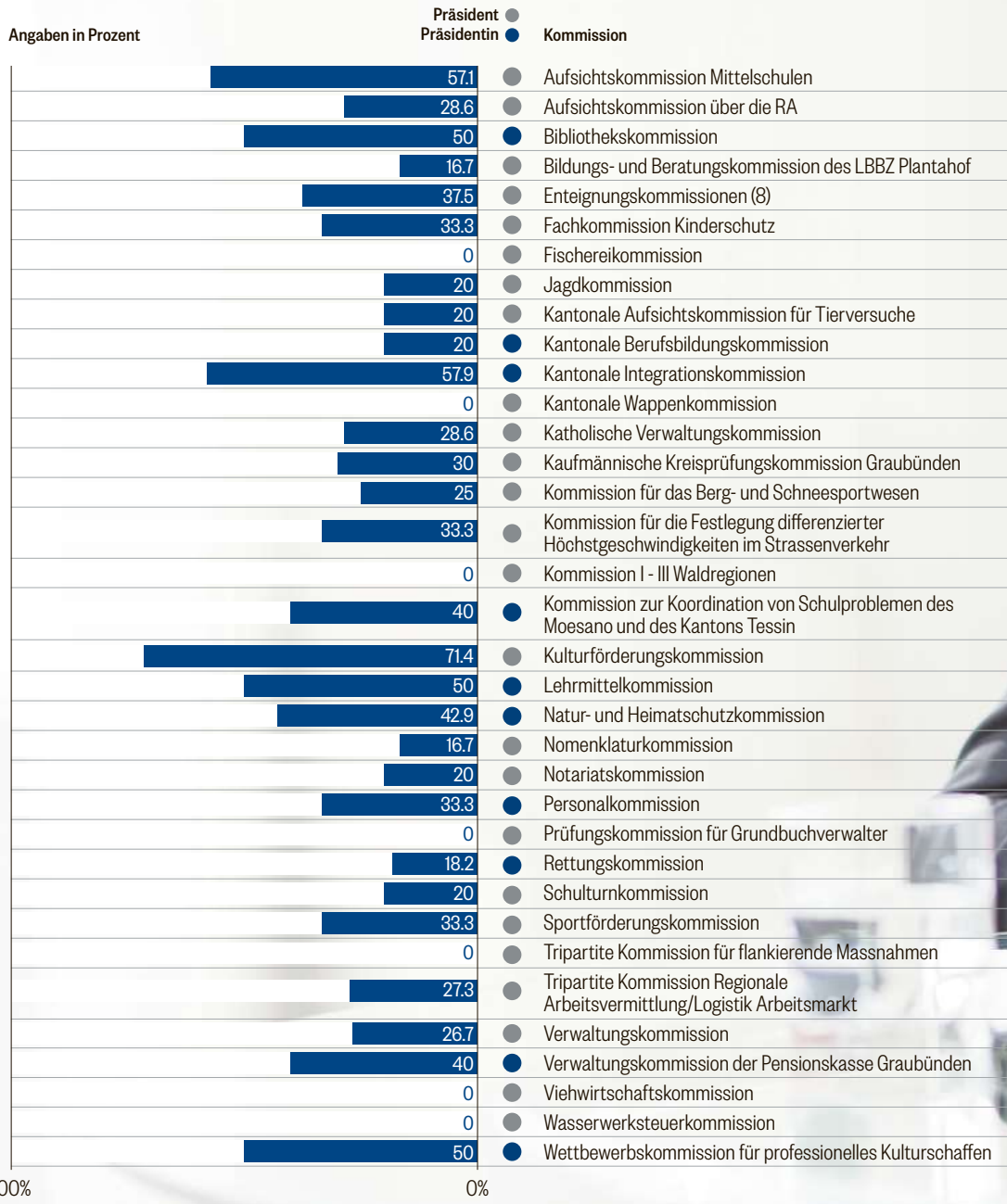


### Frauenanteil in Kommissionen



Quelle: Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement, Grafik: Südostschweiz, Bild: Clipdealer



# Mehr Frauen braucht Graubünden

Der Aufruf «Mehr Frauen in kantonale Kommissionen und strategische Führungsgremien» macht Sinn. Weniger Sinn macht, dass Interessierte nicht wissen, auf was sie sich überhaupt einlassen.

von Pierina Hassler

**F**rauen meldet euch! Diesen Aufruf starteten die Stabsstelle für Chancengleichheit für Frau und Mann und die Frauenzentrale letzten Dezember. Es ging drum, 55 Sitze in kantonalen Kommissionen und 32 Verwaltungsratssitze bei Kantonsvertretungen zu besetzen.

Nächstes Jahr finden für eben diese Sitze Neu- und Wiederwahlen für die nächste Amtsperiode statt. Und wenn nicht jetzt, wann dann, soll Frau die Gelegenheit packen, sich für einen solchen Posten zu bewerben. Umso mehr es sich die Bündner Regierung zum Ziel gesetzt hat, den Frauenanteil in Kommissionen zu erhöhen (siehe Grafik).

#### Unterlagen bitte weiterleiten

Aber genau hier fangen die Probleme der kantonalen Frauenförderung an. Angeschrieben wurden nämlich nicht die Frauen selber, sondern die Bündner Parteien. In gönnerhaftem Ton steht in diesem Mail unter anderem:

«Wir sind überzeugt, dass auch Ihrer Partei qualifizierte Frauen angehören, und möchten diesen die Chancen geben, ihr Wissen und ihre Erfahrung mit einem Engagement in einer kantonalen Kommission einzusetzen.» Weiter im Text: «Im Anhang finden Sie die Liste aller Kommissionen, das Anmeldeformular sowie eine kurze Info.» Und zu guter Letzt wurden die Bündner Parteien gebeten, die Unterlagen mit einem Aufruf an ihre «weiblichen» Mitglieder weiterzuleiten.

#### Säuberlich aufgelistet

Anmeldeschluss war kürzlich. Gemeldet haben sich 25 Frauen – nur 25 Frauen. FDP-Grossrätin und Fraktionspräsidentin Vera Stiffler erstaunt diese tiefe Zahl nicht: «Der Bewerbungsprozess lief völlig intransparent ab», sagt sie. Es sei weder bekannt, welche Positionen in welchen Kommissionen oder kantonalen Anstalten überhaupt frei seien, noch welche Anforderungsprofile gesucht würden. «Es bleibt damit auch offen, welchen Arbeitsaufwand und folglich, welche Entlohnung die Bewerberin erwartet.»

«Der Bewerbungsprozess lief völlig intransparent ab.»

Vera Stiffler  
Fraktionspräsidentin FDP

# 25

Frauen

interessieren sich für **insgesamt 55** Kommissionen und **32** Kantonsvertretungen.

Stiffler hat recht. Zwar sind sämtliche Kommissionen fein säuberlich aufgelistet – es beginnt bei der Wappenkommission und endet bei der Planungs- und/oder Baukommission Hochbauamt. Auch die Aufzählung der Kantonsvertretungen ist ausführlich: Von der Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft über die Psychiatrischen Dienste Graubünden zur Infrastrukturunternehmung Regionalflughafen Samedan – aber keine Frau weiss, für welchen Job sie sich tatsächlich bewirbt.

Deshalb sagt Stiffler: «Diese Art von Bewerbungsprozess erlaubt es den angesprochenen weiblichen Fachkräften nicht, sich auf eine passende Funktion zu bewerben.» Die 25 Interessentinnen hätten zwangsläufig eine Blindbewerbung eingereicht.

#### Intransparenter Vorgang

Bei der ganzen Suche nach Frauen für die kantonalen Kommissionen und Kantonsvertretungen gibt es noch einen anderen Punkt, der zum Nachdenken anregt. Denn es weiss auch niemand, welche Sitze überhaupt frei

werden. Ob es viele sind oder nur ein paar wenige – auch hier: keine Information. Frau weiss also nicht einmal, ob es sie braucht.

«Der Bewerbungs- und Auswahlprozess ist nicht klar», sagt auch Stiffler. Der Kanton lasse sich so offensichtlich und unnötigerweise Fachkräfte entgehen, weil er die eigentlich gesuchten Frauen nicht professionell anspreche.

#### Mehr Fragen

Stiffler will zum ganzen Thema Besetzung von Kommissionen und Kantonsvertretungen mehr erfahren. In der nächsten Session des Grossen Rates vom 12. bis 14. Februar will sie anlässlich der Fragestunde unter anderem Folgendes wissen: «Ist die Regierung gewillt, bereits für das Jahr 2018, sicher aber für das Jahr 2022, den ganzen Bewerbungsprozess transparenter zu gestalten, und welche Massnahmen sieht sie dafür vor?» Es gehe ihr auch darum, herauszufinden, ob sich die Regierung bewusst sei, dass der Ablauf des Bewerbungsprozesses nicht genüge, so Stiffler.

INSERAT

NEIN  
NA NO

No-Billag

4. 3. 2018

## NEIN gegen den Angriff auf die Randregionen

Wir sagen Nein zu Graubünden ohne Stimme!  
Nus schain NA ad in Grischun senza vusch!  
Diciamo No a un Canton Grigioni senza voce!

Martin Schmid,  
Ständerat FDP

Stefan Engler,  
Ständerat CVP

Silva Semadeni,  
Nationalrätin SP

Duri Campell,  
Nationalrat BDP

Martin Candinas,  
Nationalrat CVP

Komitee «Nein No-Billag», Postfach 367, 7000 Chur